

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig CDU/ANW entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten FDP entschuldigt
gen. Sacken

sachkundige Einwohner

Herr Djamal Okoko Beirat für Menschen entschuldigt
mit Behinderungen
Herr Christian Porath Bürgerbündnis-FDP entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Lina Schindler, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.12.2018 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese
Vorlage: 18/SVV/0348
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
SBV, JHA, WA KIS, HA

- 3.2 Kunstrasenplatz Nowawiese
Vorlage: 17/SVV/0286
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
WA KIS

- 3.3 Fun-Sporthalle - Standort Friedrich-Engels-Straße
Vorlage: 18/SVV/0686
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
B/Sp., FA, K/W, HA

- 3.4 Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern

Vorlage: 18/SVV/0743
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
B/Sp., FA, K/W, HA

- 3.5 Nutzungspotentiale der Bestandssportflächen im Stadtgebiet
Vorlage: 18/SVV/0707
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
B/Sp. (ff), WA KIS, SBV, KOUL
- 3.6 Verringerung der Beeinträchtigungen durch Kampfmittelberäumung
Vorlage: 18/SVV/0875
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
KOUL (ff)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung
Sachstand Baumaßnahmen
- 4.2 Schulhofplanung an der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben Gesamtschule
- 4.3 Berichterstattung Sportcampus am Schlaatz
- 5 Sonstiges
- 5.1 nächste Ausschusssitzungen
- 5.2 Information Sanierung Hauptstadion am Luftschiffhafen
- 5.3 Projekttag Klimaschutz in Potsdam für Schülerinnen und Schüler

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, **Herr Keller**, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.12.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Keller stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **6** stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 11.12.2018 erheben sich keine Einwände. Der Niederschrift wird **einstimmig zugestimmt**.

Die Tagesordnung soll unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges um eine Information der Verwaltung zum Thema Sanierung des Hauptstadions am Luftschiffhafen, sowie durch eine Information von Frau Wieczorek zum Thema Projekttag Klimaschutz in Potsdam für Schülerinnen und Schüler ergänzt werden.

Der so geänderten Tagesordnung wird **einstimmig zugestimmt**.

Herr Keller informiert, dass eine Austauschstudentin aus der Potsdamer Partnerstadt Sioux Falls als Gasthörerin an der Ausschusssitzung teilnehmen wird und begrüßt diese.

Herr Keller begrüßt Herrn Dr. Pokorny, welcher in seiner neuen Funktion als Fachbereichsleiter für Bildung, Jugend und Sport an der Ausschusssitzung teilnimmt.

Herr Dr. Pokorny stellt sich kurz vor und informiert, dass er die kommissarische Leitung des Fachbereiches Bildung, Jugend und Sport, voraussichtlich für ein Jahr, ab dem 14.01.2019 übernommen hat, um die Übergangsphase des neu zusammengesetzten Fachbereiches zu begleiten.

Der neue Fachbereich sei eine Fusionierung des ehemaligen Bereiches Bildung und Sport und des ehemaligen Bereiches Kinder, Jugend und Familie.

Er erläutert, dass er künftig regelmäßig an den Sitzungen des Ausschusses für Bildung und Sport und des Jugendhilfeausschusses teilnehmen wird. Nach dem Jahr der kommissarischen Leitung werde es auf der Basis einer vorherigen Ausschreibung eine Neubesetzung der Fachbereichsleiterstelle geben.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese**

Vorlage: 18/SVV/0348

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
SBV, JHA, WA KIS, HA

Herr Böttcher informiert, dass am 19.12.2018 ein Abstimmungsgespräch mit Frau Aubel, dem KIS und dem Bereich Sport stattgefunden habe. Nun müsse sich die Fraktion intern beraten, wie weiter mit dem Antrag verfahren werden soll. Gegebenenfalls könne der Antrag zurückgezogen werden. Er sagt zu, den Ausschuss in der nächsten Sitzung über das Ergebnis der internen Beratung zu informieren und stellt den Tagesordnungspunkt zunächst bis zur Februarsitzung zurück.

Frau Wieczorek fragt, welche Ergebnisse aus der Beratung am 19.12.2018 hervorgegangen seien. **Herr Böttcher** erläutert, dass man Arbeitsaufträge miteinander abgestimmt habe. Diese werden dem Ausschuss zur Verfügung gestellt.

Die Vorlage wird bis zur Ausschusssitzung im Februar **zurückgestellt**.

zu 3.2 Kunstrasenplatz Nowawiese
Vorlage: 17/SVV/0286
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
WA KIS

Die Vorlage wird bis zur Ausschusssitzung im Februar **zurückgestellt**.

zu 3.3 Fun-Sporthalle - Standort Friedrich-Engels-Straße
Vorlage: 18/SVV/0686
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
B/Sp., FA, K/W, HA

Herr Wellmann ist nun anwesend, somit sind **7** stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Herr Keller weist darauf hin, dass der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft in seiner Sitzung am 22.11.2018 und der Finanzausschuss in seiner Sitzung am 28.11.2018 die Drucksache geändert beschlossen haben.

Er liest die geänderte Fassung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft vor:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob der Standort Friedrich-Engels-Straße, der für die Errichtung von Leichtbauhallen vorbereitet ist, **bzw. weitere städtische Standorte** dafür eingesetzt werden ~~kann,~~ **können, eine Leichtbauhalle als Fun-Sporthalle mit Skateranlage zu nutzen, errichten.** Der Stadtverordnetenversammlung ist im ~~Januar~~ **April** 2019 zu berichten.“

Der Finanzausschuss sei mit diesen Änderungen mitgegangen, habe aber die Terminalschiene zur Berichterstattung rausgestrichen. Er empfiehlt die inhaltlichen Änderungen zu übernehmen und sich über die Terminsetzung zu verständigen.

Herr Gessner erläutert, dass er in Abstimmung mit dem KIS im Finanzausschuss erläutert habe, dass eine Berichterstattung im April noch nicht möglich sei und man den September 2019 vorschlage. Daher hätte der Finanzausschuss die Streichung der Terminsetzung beschlossen.

Auf Nachfrage von **Frau Dannenberg**, warum eine spätere Terminsetzung nötig sei, erklärt **Herr Richter**, dass die Prüfung nun auch alternative Standorte umfasst. Um ein qualifiziertes Ergebnis zu erhalten sei auch die Einbindung des Sportbereiches, des Bereiches Stadtplanung und Stadterneuerung und des Planungsbüros im Vorfeld nötig.

Herr Wollenberg schlägt vor, die Berichterstattung auf Juni 2019 zu setzen. Sollte bis dahin noch kein Ergebnis vorliegen, könne man die Terminalschiene erneut anpassen.

Auf Nachfrage von **Herrn Böttcher**, warum die Prüfung nun erweitert wurde,

erklärt **Frau Aubel**, dass im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft erläutert wurde, dass sich die vorhandenen Leichtbauhallen nicht zur Umnutzung als Skateranlage eignen. Damit eine Prüfung für den Fehlbedarf an Skateranlagen trotzdem durchgeführt wird, habe sich der Ausschuss für die Prüfung dieses Standortes und zusätzlich allen weiteren möglichen Standorten ausgesprochen.

Der Antrag wird wie folgt geändert zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob der Standort Friedrich-Engels-Straße, der für die Errichtung von Leichtbauhallen vorbereitet ist, **bzw. weitere städtische Standorte**, dafür eingesetzt werden ~~kann~~, **können eine Leichtbauhallen** als Fun-Sporthalle mit Skateranlage zu ~~nutzen~~ **errichten**. Der Stadtverordnetenversammlung ist im ~~Januar~~ **Juni** 2019 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

zu 3.4 Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern

Vorlage: 18/SVV/0743

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
B/Sp., FA, K/W, HA

Frau Aubel informiert, dass in der letzten Woche Gespräche mit der Cultus UG und der Stadtwerke Potsdam GmbH geführt wurden. Eine abschließende Einigung liege bisher leider noch nicht vor. Weitere Abstimmungen seien nötig.

Es wird sich darauf geeinigt den Antrag zu beschließen.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als Gesellschafter der Stadtwerke Potsdam dafür Sorge zu tragen, dass die an das Freiland angrenzende Parkplatzfläche für eine soziokulturelle Nutzung rechtssicher vorgehalten wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

zu 3.5 Nutzungspotentiale der Bestandssportflächen im Stadtgebiet

Vorlage: 18/SVV/0707

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
B/Sp. (ff), WA KIS, SBV, KOUL

Herr Böttcher bringt eine Neufassung des Antrages vom 09.01.2019 mit folgendem Wortlaut ein:

Die Stadtverordnetenversammlung möge die DS 18/SVV/0707 in der folgenden neuen Fassung beschließen:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche zusätzlichen Nutzungspotenziale und Trainingszeiten auf den vorhandenen städtischen Sportfreianlagen und ggf. Schulsportanlagen im gesamten Stadtgebiet erschlossen werden können. Die zu prüfenden Flächen sollen durch eine kurzfristig einzuberufende Arbeitsgruppe, die aus Vertreter*innen der Fraktionen, der Verwaltung und des Stadtsportbundes besteht, festgelegt werden.*

Bei der Prüfung soll vor allem das Potenzial durch

1. den Neubau zusätzlicher Sportflächen auf bislang nicht genutzten Randflächen der Sportplätze bzw. durch flächenoptimierende Neuordnung von Sportanlagen
 2.
 - a) die Herstellung hinreichender bzw. zusätzlicher Beleuchtungsanlagen und
 - b) die Umwandlung von Rasen- in Kunstrasenplätze
- geprüft werden.

Bei der Prüfung sind das Wissen und die Wünsche der nutzenden Schulen und Sportvereine einzubeziehen. Die Arbeitsgruppe soll sich auf Einladung der Verwaltung im Februar 2019 treffen. Das Prüfergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung im September 2019 - nach einzelnen Sportflächen aufgeschlüsselt - vorgelegt werden.

Er weist darauf hin, dass die in der letzten Sitzung am 11.12.2018 besprochenen Punkte in die Neufassung mit aufgenommen wurden.

Herr Keller erkundigt sich bei der Verwaltung, ob die Terminsetzungen für das Treffen der Arbeitsgruppe (Februar 2019) und die Vorstellung der Prüfergebnisse (September 2019) realistisch seien.

Herr Richter informiert, dass diese Zeitschiene knapp gesetzt, jedoch realisierbar sei.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage in der folgenden neuen Fassung beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, welche zusätzlichen Nutzungspotenziale und Trainingszeiten auf den vorhandenen städtischen Sportfreianlagen und ggf. Schulsportanlagen im gesamten Stadtgebiet erschlossen werden können. Die zu prüfenden Flächen sollen durch eine kurzfristig einzuberufende Arbeitsgruppe, die aus Vertreter*innen der Fraktionen, der Verwaltung und des Stadtsportbundes besteht, festgelegt werden.

Bei der Prüfung soll vor allem das Potenzial durch

1. den Neubau zusätzlicher Sportflächen auf bislang nicht genutzten Randflächen der Sportplätze bzw. durch flächenoptimierende Neuordnung von Sportanlagen

2.

a) die Herstellung hinreichender bzw. zusätzlicher Beleuchtungsanlagen und

b) die Umwandlung von Rasen- in Kunstrasenplätze geprüft werden.

Bei der Prüfung sind das Wissen und die Wünsche der nutzenden Schulen und Sportvereine einzubeziehen.

Die Arbeitsgruppe soll sich auf Einladung der Verwaltung im Februar 2019 treffen. Das Prüfergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung im **September 2019** - nach einzelnen Sportflächen aufgeschlüsselt - vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.6 **Verringerung der Beeinträchtigungen durch Kampfmittelberäumung**

Vorlage: 18/SVV/0875

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

KOUL (ff)

Herr Wollenberg bringt den Antrag ein und verweist auf die Gespräche im letzten Ausschuss.

Frau Aubel informiert, dass die nochmalige Absprache mit der Schulleiterin des Humboldt-Gymnasiums, Frau Dr. Gnadt, stattgefunden habe.

Der Schule sei bewusst, dass es in der nächsten Zeit vermehrt zu Evakuierungen aufgrund von Bombenentschärfungen im Umkreis der Schule kommen könne. Ein Konzept wird seitens der Schulleitung weiterhin nicht für erforderlich gehalten.

Gegebenenfalls können, durch finanzielle Unterstützung seitens der Stadt für die Zeit der Sperrungen, Kinobesuche mit Bildungsinhalt oder ähnliches durchgeführt werden.

Falls in dieser Zeit Klausuren geschrieben werden, müsse man Ausweichräume finden. Hierzu liegt bereits ein Angebot zur Nutzung eines Schulgeländes außerhalb von Potsdam.

Eine Liste, welche Ausweichstandorte für Potsdamer Schulen in solchen Fällen zur Verfügung stehen, werde in Abstimmung mit den Schulen erarbeitet.

Herr Sima merkt an, dass man sich auch Gedanken über andere mögliche Problemsituationen machen müsse, wie beispielsweise Schulausfall durch starke Schneefälle, wie es aktuell in Bayern der Fall sei. Vielleicht könne man sich mit anderen Bundesländern über die Erfahrungen mit solchen Situationen austauschen.

Frau Aubel berichtet, dass sie sich auch diesbezüglich mit Frau Dr. Gnadt ausgetauscht habe. Durch die Digitalisierung seien bspw. auch digitale

Unterrichtsmethoden mittlerweile möglich.

Herr Adler fragt, ob es Abstimmungsgespräche mit der Stadt Oranienburg gab, da dort ebenfalls zahlreiche Bombenentschärfungen durchgeführt werden.

Frau Aabel informiert, dass es bisher keinen Kontakt mit der Stadt Oranienburg gab. Dies könne man in Zukunft gerne organisieren.

Herr Keller merkt an, dass der Krankheitsstand in der Lehrerschaft der Schulen viel häufigere Schulausfälle zur Folge habe.

In Einzelfällen habe man in der Vergangenheit im Falle von Sperrungen der Schulen immer Ausweichmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler gefunden. Die Erarbeitung eines Konzeptes sei daher nicht zwingend notwendig.

Herr Wollenberg schlägt vor, den Antrag abzuwandeln und statt eines Konzeptes die von Frau Aabel angesprochene Liste von Maßnahmen vorzulegen.

Frau Naundorf merkt an, dass man Vertrauen in die Schulleitungen und die Verwaltung legen sollte, in solchen Fällen eigene Lösungen zu finden.

Herr Ziebarth spricht sich ebenfalls gegen die Erstellung eines Konzeptes aus.

Herr Wellmann ergänzt, dass die Verwaltung für solche Situationen gut aufgestellt sei und gute Lösungsansätze vorhanden sind.

Die inhaltliche Organisation, also was getan wird, um gegebenenfalls versäumten Schulstoff nachzuholen, sei wichtig. Dies sei Sache der Schule beziehungsweise des Landes.

Frau Schkölziger hält Verständigungen im Vorfeld für sinnvoll. Sie wird das Thema auch in die Eltern- und Schulgremien geben, damit man sich an den Schulen miteinander verständigt.

Der Antrag wird wie folgt geändert zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit dem ~~Kampfmittelräumdienst und weiteren~~ mit den beteiligten Stellen eine Konzept **Liste von Maßnahmen** vorzulegen, wie die Beeinträchtigungen insbesondere öffentlicher Einrichtungen wie Schulen bei der Kampfmittelberäumung größerer Bauflächen mit vielen Verdachtsstellen verringert werden können. Der SVV ist im Januar ~~April~~ 2019 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

Der Antrag wird vom Ausschuss für Bildung und Sport **abgelehnt**.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung
Sachstand Baumaßnahmen**

Herr Richter informiert, dass die vorliegende Präsentation den Stand November 2018 habe. Nach der Weihnachtspause hat eine KIS-interne Abstimmung stattgefunden. Diese habe ergeben, dass an einigen Standorten aktuell Verzögerungen zu erwarten sind. Eine Berichterstattung dazu werde in der Ausschusssitzung im Februar erfolgen.

Er weist darauf hin, dass man zuerst die entsprechenden Akteure informieren möchte.

Herr Richter berichtet, dass die Bauabnahme für die Schilfhofschule am 16.01.2019 stattfindet. Die Inbetriebnahme sei somit ab dem 01.02.2019 möglich. Auch die Sanierung der Motorsporthalle sei abgeschlossen. Am 18.01.2019 findet die feierliche Eröffnung dieser statt.

Herr Wohlfahrt verweist auf einen Zeitungsartikel zur Rosa-Luxemburg-Schule. Aufgrund geplanter Baumaßnahmen zum Anschluss einer neuen Kindertagesstätte an das Abwassernetz der Stadtwerke wird das frisch sanierte Außengelände der Rosa-Luxemburg-Schule zum Teil wieder aufgerissen. Nach Aussage des KIS sei eine Verlegung der erforderlichen Leitungen über das Nachbargrundstück nicht möglich.

Durch engagierte Eltern, darunter Architekten, Ingenieure und Projektentwickler, wurde eine kostengünstigere Alternative entwickelt. Er bittet den KIS, sich die Kalkulation der Elternvertreter anzusehen und diese in die Planungen einzubeziehen.

Er fragt, warum nicht im Vorfeld bereits bei Durchführung der Baumaßnahmen auf dem Schulgelände an die Verlegung der Abwasserrohre gedacht wurde.

Herr Richter erläutert, dass die Teilfläche nur Vorhaltefläche für eine Kindertagesstätte gewesen sei. Im Zuge der Erweiterungsmaßnahmen der Grundschule wurde die Errichtung der Kita dann beschlossen.

Im Interesse der Schule, um die Baumaßnahmen schnellstmöglich abzuschließen, habe man die Schulsanierung nicht gemeinsam mit dem Kitabau durchgeführt und diesen zunächst zurückgestellt.

Bezüglich der Alternativvariante der Elternvertreter erläutert er, dass der KIS eine Freigefälleleitung (ohne Rohr) bevorzuge. Die Elternvertreter planen ein Pumpwerk mit Rückhalteeinrichtungen. Eine solche technische Einrichtung sei auf einem Kita-Gelände nicht angebracht, da ein solches System einen fortlaufenden Energie-, Wartungs- und Überwachungsaufwand mit sich ziehe. Im Falle eines unerwarteten Ausfalles oder einer Überlastung würde sich die Gefahr einer Überflutung / Kontamination der Außenfläche der Kita ergeben.

Auf Nachfrage von **Herr Wohlfahrt**, ob es bereits Erfahrungswerte mit solchen Druckwasserleitungen gebe, verweist **Herr Richter** auf negative Erfahrungen bei den Leitungen des Stadthauses.

zu 4.2 Schulhofplanung an der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben Gesamtschule

Herr Keller informiert, dass eine Präsentation des Kinder- und Jugendbüros zur Schulhofplanung an der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben Gesamtschule vorliege. Leider kann kein Vertreter des Kinder- und Jugendbüros an der Sitzung teilnehmen und diese vorstellen, daher bittet er um Verschiebung des Tagesordnungspunktes bis zur Ausschusssitzung im Februar. Zu dieser soll das Kinder- und Jugendbüro erneut eingeladen werden.

zu 4.3 **Berichterstattung Sportcampus am Schlaatz**

Herr Richter informiert, dass eine Bedarfserfassung mit den Nutzern vor Ort durchgeführt wurde. Sobald die Personalressourcen des KIS aufgestockt sind werde man die Maßnahmen weiterführen.

Herr Richter erläutert anhand von Luftbildern die Bebauungsplanung der Außenanlagen.

Die Bestandsanlagen befinden sich in einem schlechten Zustand und sollen für ca. 1 Mio. € erneuert werden.

Das vorhandene Feld werde durch transportablen Rollsportbelag in Form eines Klick-Systems auf die anliegende Sandfläche verlagert, somit bestünde die Möglichkeit, auf der vorhandenen Fläche einen Kunstrasenplatz neu zu errichten.

Zum Gebäude des Sportforums am Schlaatz berichtet er, dass geplant sei, dort die Sportarten Gewichtheben, Ringen, Judo und Bouldern unterzubringen. Das Gebäude soll mit zwei Zweifeldhallen ausgestattet werden. Er veranschaulicht das Gebäude anhand einer Skizze.

Die Ringer waren bisher in einer fremdangemieteten Halle untergebracht. Aufgrund eines neuen Mietzinses für diese sei es nun günstiger, die Sportler in einem neuen Quartier unterzubringen.

Synergieeffekte zwischen den Vereinen und dem Schulsport ergeben sich durch die gemeinsame Nutzung der Sanitäreinrichtungen und durch die gemeinsame Nutzung der vorhandenen Räumlichkeiten. Im Laufe dieses Jahres werde ein Architekturwettbewerb zu dem vorhandenen Entwurf durchgeführt.

Frau Naundorf fragt nach der Gebäudehöhe sowie einer möglichen Nutzung der Dachflächen.

Herr Richter erläutert, dass das Gebäude ungefähr 20 Meter hoch gebaut werden müsse.

Eine Dachnutzung sei in diesem Falle schwer zu gestalten, da der Ressourcenverbrauch enorm hoch wäre und auch die Statik des Gebäudes sich verändern würde. Das Anlegen einer Grünfläche auf dem Dach hält er für umsetzbar.

Frau Naundorf fragt nach der Halle der Evangelischen Grundschule.

Herr Richter erläutert, dass sich die Schule und die Ringer bisher die Mietkosten für die Sporthalle geteilt hätten, durch den Auszug des Vereines hätte die Schule nun höhere Mietkosten.

Frau Warbein erkundigt sich, ob die Halle barrierefrei sein wird.

Herr Richter informiert, dass dies nach Brandenburgischer Bauordnung für alle Etagen umgesetzt wird.

Auf Nachfrage von **Herr Wohlfahrt**, ob auf den Dachflächen Solaranlagen angebracht werden können, erläutert **Herr Richter**, dass die Dachflächen der Schule für erneuerbare Energien vorgesehen seien.

Herr Böttcher fragt, ob es schon konkrete Planungen zur Tartanfläche gebe.

Herr Richter erklärt, dass diese stark abgenutzt sei und komplett erneuert werde.

Herr Richter informiert, dass die Anlagen auch weiterhin der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Auch der Integrationsgarten werde erhalten bleiben.

Ebenso werden die Zuwege mit betrachtet (keine Drehkreuze, da dies für Rollstuhlfahrer und Eltern mit Kinderwagen problematisch seien).

Herr Keller geht auf die Baumpflanzungen der Schülerinnen und Schüler der Weidenhof-Grundschule ein und fragt, ob diese erhalten bleiben.

Frau Goldberg ergänzt, dass die Schüler vor zwei Jahren am Standort Bäume gepflanzt haben und sie hoffe, dass diese nicht im Zuge von Baumaßnahmen weichen müssen. **Herr Richter** versichert, dass diese Bepflanzungen erhalten bleiben.

zu 5 Sonstiges

zu 5.1 nächste Ausschusssitzungen

Herr Keller informiert, dass die geplante Sitzung im Planetarium der Urania aufgrund der Ausstattungssituation nicht möglich sei. Eine Sitzung im großen Saal im Gebäude der Urania sei alternativ möglich. Dieser Saal ist für den Ausschusstermin im Februar bereits belegt, daher schlägt er vor, dass der Raum für die Sitzung im April angefragt wird.

Er fragt, ob es für die Sitzungstermine im Februar und März Vorschläge für andere Sitzungsorte gebe.

Frau Naundorf schlägt die Montessorischule am Stern vor. **Herr Richter** informiert, dass eine dortige Sitzung erst nach den Frühjahrsferien möglich sei.

Herr Keller schlägt eine Sitzung am Luftschiffhafen vor.

Frau Aubel erklärt, dass dies für die Märzsession eingeplant werden könnte, da dann auch die Zeitschiene zur Stadionsanierung vorgestellt werde.

Frau Naundorf schlägt die Friedrich-Wilhelm-von-Steuben Gesamtschule als Sitzungsort vor.

Es wird sich darauf geeinigt, die Sitzung im Februar im Stadthaus durchzuführen. Für die Märzsession soll der Luftschiffhafen bzw. als Ausweichstandort die Steuben Gesamtschule und für die Aprilsession das Urania Planetarium angefragt werden.

zu 5.2 Information Sanierung Hauptstadion am Luftschiffhafen

Frau Aubel informiert, dass erste Gespräche mit den Nutzern bezüglich der bevorstehenden Stadionsanierung geführt wurden.

Der Zustand der Anlage soll verbessert werden. Ein normgerechtes Fußballfeld sowie ein normgerechtes Footballfeld sollen hergestellt werden.

Im März werde im Ausschuss eine Vorstellung der Zeitschiene erfolgen. Geplant sei, auch die Vertreter der Vereine hierzu miteinzuladen.

Auf Nachfrage von **Herrn Sima**, für welche Norm der Fußballplatz hergestellt werden soll, antwortet **Frau Aubel**, dass dieser den DFB-Normen entsprechen soll.

zu 5.3 Projekttag Klimaschutz in Potsdam für Schülerinnen und Schüler

Frau Wieczorek verweist auf einen PNN-Artikel, in welchem zu einer geplanten Demonstration von Schülerinnen und Schülern vorm Landtag zum Klimaschutz berichtet wurde. Die Demonstration wird am 18.01.2019 um 14:00 Uhr vor dem Landtagsgebäude stattfinden.

Geplant sei, auch angesichts des beschlossenen Masterplans Klimaschutz, einen SchülerInnen- und Jugendlichen-Projekttag zum Thema Klimaschutz ins Leben zu rufen. Erste Vorbereitungen hierzu sind bereits getroffen, man werde mit einem „Runden Tisch“ beginnen und das Interesse der Jugendlichen erfragen. Sie fragt die Ausschussmitglieder, ob Interesse zur Beteiligung an diesem Projekt bestehe.

Herr Richter bittet darum, auch in Kontakt mit dem KIS zu treten, da es bereits zahlreiche Programme zu diesem Themengebiet gebe. Beispielhaft nennt er das Energieeinsparprogramm an Schulen. Gegebenenfalls könne man auch für die bereits vorhandenen Projekte werben.

Frau Wieczorek schlägt vor, den KIS zu den Planungsgesprächen mit einzuladen.

Herr Keller schlägt vor, gegebenenfalls zum Werdegang des Projektes in den Ausschusssitzungen zu berichten.

Frau Wieczorek bittet, die Einladung auch über den Verteiler der Schulen zu versenden. Sie wird sich diesbezüglich an die Verwaltung wenden.